



## Investitionen in eine bessere Zukunft

Von **Thomas Kutschaty MdL**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion



© Daniel Behnenburg

Seit mehr als einem Jahr bestimmt die Corona-Pandemie unser Leben und stellt uns vor nie geahnte Herausforderungen. Sie wirkt geradezu wie ein Brennglas auf das, was in unserem Land auch unabhängig vom Virus nicht rund läuft. Sie deckt die soziale Schieflage erbarmungslos auf. Pflegekräfte oder Beschäftigte des Einzelhandels beklagen völlig zurecht, dass sie während des ersten Lockdowns im vergangenen Frühjahr auf Balkonen und in Parlamenten zwar Applaus erhalten haben, darüber hinaus aber nichts passiert ist. Bildungsgerechtigkeit erscheint wie eine Fata Morgana am Horizont. Und die von Altlasten gebeutelten Kommunen erhalten lediglich Kredite, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Die Landesregierung hingegen kompensiert ihre Steuerausfälle des Landes mit einem dicken Schluck aus der Pulle des Corona-Rettungsschirms. Das ist schlicht ungerecht.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen einen sozialen Neustart. Ein einfaches Zurück in die Vor-Corona-Zeit kann es nicht geben. Fortschritt statt alter „Normalität“, das muss unser Ziel sein. Eklatante Missstände dürfen wir nicht als normal hin-

nehmen. Oder haben wir uns etwa damit abgefunden, dass die Postleitzahl eines Kindes eine so erhebliche Aussagekraft über den persönlichen Bildungserfolg hat? Haben wir uns damit arrangiert, dass in Nordrhein-Westfalen 6.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen unbesetzt sind und in den Kitas 15.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen? Sind wir damit zufrieden, dass bezahlbare Wohnungen heutzutage viel zu oft ein Glücksfall sind? Oder dass Menschen 40 Stunden die Woche arbeiten und der Lohn dennoch nicht zum Leben reicht? Nein, ich für meinen Teil habe mich nicht damit abgefunden.

Doch was bedeutet das eigentlich: „sozialer Neustart“?

Es gibt in Nordrhein-Westfalen Millionen von Menschen mit großen Hoffnungen: Hoffnung auf eine glückliche Familie, Hoffnung auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz, Hoffnung auf eine bezahlbare Wohnung. Wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen müssen aus diesen Hoffnungen Wirklichkeit machen. Die SPD muss die Architektin des Fortschritts sein – in puncto Bildung und Familie, Arbeit, Gesundheit und Wohnen.

Der soziale Neustart fängt bei den Jüngsten an. Ein Platz in der Kita oder in der Offenen Ganztagschule darf nicht länger ein Statussymbol unter Eltern sein. Jedes Kind braucht eine individuelle Förderung, ganz gleich, ob die Mutter Ärztin oder der Vater Bäcker ist. Bildungseinrichtungen benötigen eine auskömmliche Finanzierung – für familiengerechte Öffnungszeiten und mehr Personal. Und das alles ohne Gebühren für die Familien in NRW. Denn: Bildung muss in unserem Land allen Menschen zugänglich sein – unabhängig von ihrem Einkommen. Deswegen möchte die SPD-Landtagsfraktion die Kita-Gebühren in NRW endlich ganz abschaffen und vollständig aus dem Landeshaushalt finanzieren. Ob es genügend Kitaplätze und gute Schulen gibt, ist nicht nur eine Frage von Familienfreundlichkeit, sondern ein entscheidender Maßstab für die Lebensqualität eines Ortes. Unsere Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten müssen die besten sein, um jungen Menschen den bestmöglichen Start zu bieten. Und wer droht zu scheitern, wird nicht abgeschrieben.

Fortsetzung auf Seite 2

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Ihr heute diese Zeitung in den Händen haltet, kann es sein, dass bei Euch vor Ort wieder eingekauft werden kann und die Restaurants wieder geöffnet sind. Es kann aber auch sein, dass alles geschlossen ist oder es ist noch anders und irgendetwas dazwischen.

Klingt verwirrend, ist aber leider die Realität in NRW und darüber hinaus. Fehlende oder abweichende Konzepte von Land zu Land, auf der Karte erscheint es wie ein Flickenteppich aus der vergangenen Geschichte Deutschlands. Ich glaube, so hat sich niemand den Föderalismus vorgestellt. Der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns ist das nicht wirklich zuträglich.

Die meistgenutzten Floskeln der letzten Wochen stellen Worte wie „Verantwortung“, „Durchhalten“ und „Alternativlosigkeit“ in den Vordergrund. Sie werden aber schon im Nebensatz durch ein doppelt so dickes „aber“ wieder entkräftet. Ergänzt wird das ganze durch nicht zu Ende gedachte Pläne, Impfchaos, fehlende Teststrategien und noch durch einen Maskendeal-Skandal der CDU/CSU. Wäre es kein so ernstes Thema, könnte bei mancher Berichterstattung wirklich gedacht werden, dass es Realsatire oder einfach ein schlecht geschriebener Film über das Versa-

gen eines staatlichen Krisenmanagements irgendwo in einer Phantasiewelt ist.

Leider ist es die Realität in Deutschland. Wieder einmal droht unser Gemeinwesen das Vertrauen, der Politik eigentlich zugewandten Mittelschicht, zu verlieren. Umso mehr hat Gewicht, dass die Menschen sich gerade jetzt auf unsere Städte, Gemeinden und Kreise in

NRW verlassen können! Sie sind es, die den Rücken durchdrücken und trotz aller Unsicherheiten, der Konzeptlosigkeit der Landesregierung und damit einhergehenden Unwägbarkeiten das Beste für die Menschen vor Ort rausholen. Kurzum: Auf die kommunale Familie ist Verlass. Hier haben

Worte wie Verantwortung und der Schutz der Menschen noch Glaubwürdigkeit. Hier wird im Zweifelsfall pragmatisch entschieden und das versucht zu reparieren, was Land und Bund aktuell nicht liefern. Darauf können gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein. Wir sagen Danke für die Leistungen und das Engagement vor Ort, mahnen aber gleichzeitig diese Landesregierung an, endlich die versprochenen Konzepte zum solidarischen Überstehen dieser Pandemie zu liefern. Ein weiteres Durchwurschteln darf es jedenfalls nicht geben.

Euer Frank Baranowski  
Vorsitzender der SGK NRW



© Stadt Gelsenkirchen | Corinna Wenzel

# Landesdelegiertenversammlung



~~16./17. April 2021~~

11./12. März 2022

Der SGK-Landesvorstand hat in der Februar-Sitzung schweren Herzens, aber natürlich im Sinne der Verantwortung entschieden, dass die Landesdelegiertenversammlung 2021 um ein Jahr verschoben wird. Statt vom 16.-17. April 2021 findet sie nun vom 11.-12. März 2022 im Düsseldorfer Maritim Hotel am Flughafen statt.



**SGK-Kommunalkongress 2022**  
11. März

Zentrale Fragen rund um die kommunale Daseinsvorsorge, Digitalisierung und die Herausforderungen mit und nach der Corona-Pandemie, werden im Mittelpunkt des SGK-Kommunalkongresses 2022 stehen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik werden politische Inhalte diskutiert und ausgetauscht, auch gerade im Hinblick auf die Landtagswahl im Mai 2022.

**50 Jahre SGK NRW | Verleihung der SGK-Ehrennadel**  
11. März

Vor 50 Jahren startete die SGK NRW, damals noch als SGK NW, als kommunalpolitische Vereinigung für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Räten, Kreistagen und der Verwaltung. Weiterbildung, Rechtsberatung und die Vertretung gegenüber der Landesregierung, Spitzenverbänden und Bundespolitik stehen seitdem im Mittelpunkt der täglichen Arbeit der Geschäftsstelle und den Gremien.

Grund genug dieses Jubiläum im Rahmen der 20. Landesdelegiertenkonferenz zu feiern. Im Rahmen eines kommunalen Abends mit spannenden Rednerinnen und Rednern, wird auch die SGK-Ehrennadel an verdiente Genossinnen und Genossen verliehen. Natürlich steht für „die wichtigen Gespräche“ im Anschluss genug Zeit mit gutem Essen, Musik und Tanz zur Verfügung.

**20. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung**  
12. März

Das „kleine Jubiläum“ 2022 ist die 20. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung. Ein neuer Landesvorstand steht zur Wahl und viele interessante Anträge aus der kommunalen Familie zur Debatte. Mit spannenden Rednerinnen und Rednern aus der kommunalen Familie, den Spitzenverbänden sowie der Landes- und Bundespolitik gestalten wir einen interessanten Abschluss für das Kongresswochenende im Rahmen der sozialdemokratischen kommunalen Familie.

**Merkt Euch die Termine bereits jetzt vor! Weitere Informationen folgen!**

## SGK-Kreisverbandskonferenzen – Delegierte

Aufgrund der Verschiebung der LDV, werden alle Fristen natürlich neu berechnet. Dies gilt auch für die Meldung der Delegierten. Dementsprechend müssen in der aktuellen Lage nicht zwingend die Kreisverbandskonferenzen durchgeführt werden.



Dort wo SGK-Kreisvorsitzende und/oder -geschäftsführer\*innen keine kommunalen Mandate mehr haben und/oder keine SGK-Mitglieder mehr sind, sollten dennoch nach Möglichkeit in naher Zukunft Kreisverbandskonferenzen durchgeführt werden.

Bei Fragen zur Zulässigkeit von Online-Konferenzen und weiterer rechtlicher Fragen, wendet Euch bitte direkt an die SGK-Landesgeschäftsstelle.

## Neue Online-Angebote



Pünktlich zur Landesdelegiertenversammlung wollte die SGK NRW mit einem neuen Internetangebot aufwarten, es präsentieren und zur LDV live schalten. Dies soll nun natürlich nicht auch noch ein Jahr auf sich warten lassen.

Natürlich freut sich die Geschäftsstelle auch auf Hinweise, Kommentare und Ideen, wie das Online-Angebot ganz im Sinne der Mitglieder noch weiter ausgebaut werden kann. Meldet Euch dazu einfach in der Geschäftsstelle.

Alle Mitglieder erhalten so in den nächsten Wochen ihre neuen persönlichen Zugangsdaten für das SGK-Intranet und alle weiteren wichtigen Informationen zur Mitgliedschaft und den Leistungen der SGK NRW.

Alle Infos über die SGK NRW auf [www.sgk.nrw](http://www.sgk.nrw) oder hier:



Fortsetzung von Seite 1

## Investitionen in eine bessere Zukunft

Mit jedem Schulabbruch, den wir vermeiden, mit jedem jungen Menschen, dem wir zu einem höheren Bildungsabschluss verhelfen, wird unser Land nicht nur gerechter, sondern auch stärker – wirtschaftlich und sozial.

Der soziale Neustart setzt sich auf dem Arbeitsmarkt fort: Die Verkäuferin an der Supermarktkasse, die sich in der Corona-Krise in den Sturm stellt, die Krankenschwestern, die Erzieherinnen, die Altenpflegerinnen, sie alle sind die wahren Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft. Wann endlich verstehen wir, dass diese Frauen schon immer unentbehrlich gewesen sind? Viele von ihnen leben noch immer von Niedriglöhnen. Das ist nicht fair. Ich möchte,

für sie müssen wir endlich neu durchstarten. Wohnen muss bezahlbar sein und werden. Jede und jeder hat das Recht auf eine Wohnung, in der man gerne lebt und nicht einfach nur, weil man sie sich gerade noch so leisten kann. Wenn überhaupt. Es gibt gewiss viele gute Gründe, in eine andere Stadt oder einen anderen Stadtteil zu ziehen. Aber niemand darf dazu gezwungen sein, weil Mieten unbezahlbar werden. Und doch kommt es vor – leider immer öfter. Das möchte ich unter anderem mit Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau verhindern.

Ganz gleich, um welches Thema es geht: Wer eine bessere Zukunft will, der muss auch in eine besse-



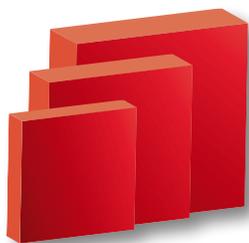
© Daniel Behmberg

re Zukunft investieren. In lebens- und lebenswerte Quartiere, in vernünftig ausgestattete Dörfer in allen Ecken und Enden unseres Landes. Dazu bedarf es kommunaler Investitionen in Schulen, in Bibliotheken, in Schwimmbäder, in Spielplätze. Doch die Kassen vieler Kommunen sind leer. Das führt zu absurden Ungerechtigkeiten. Während im finanziell gut ausgestatteten Düsseldorf keine Kitagebühren erhoben werden, sind sie im finanziell gebeutelten Duisburg besonders hoch. Meiner Ansicht nach ist es daher ein Gebot der Gerechtigkeit und auch der wirtschaftlichen Vernunft, die Kommunen von ihren Altlasten zu befreien. Wir müssen ihnen ihre Finanzkraft zurückgeben, damit die Städte und Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Daseinsvorsorge und öffentliche Lebensqualität bieten können. Damit sie investieren können, wo Investitionen bitter nötig sind.

Einen sozialen Neustart brauchen wir auch in unserem Gesundheitssystem, das sich in dieser Corona-Pandemie besonders beweisen muss, denn: Gesundheit ist ein Grundrecht für jede und jeden. Ich setze mich dafür ein, dass Gesundheitsvorsorge in jedem Viertel unseres Landes auch tatsächlich vorhanden ist. Väter, die mit ihrem kleinen Kind nachts von Krankenhaus zu Krankenhaus irren müssen, um eine angemessene Versorgung zu erhalten – das darf nicht sein. Zudem gehören die Fallpauschalen abgeschafft, nicht nur in der Kinder- und Jugendmedizin, sondern grundsätzlich.

Wir sind das Bundesland, in dem mit rund 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern etwa jeder Fünfte in Deutschland lebt – und wohnt. Davon zehn Millionen Menschen zur Miete. Auch

Denn Lebensqualität ist immer konkret, nie abstrakt. Und zwar dort, wo Menschen zuhause sind: in ihren Stadtteilen und Wohnvierteln. Heimat beginnt in Nordrhein-Westfalen vor der Haustür. Hier beginnt der soziale Neustart.



# Staffelstabübergabe: Maik Luhmann folgt auf Bernhard Daldrup

Spätestens zur Mitte des Jahres erfolgt die Staffelstabübergabe vom „Alten“ an den „Neuen“ Landesgeschäftsführer der SGK NRW. Mit dem Ausscheiden von Bernhard Daldrup geht eine 18-jährige Ära in der Landesgeschäftsstelle zu Ende. Als Nachfolger hat der Landesvorstand einstimmig den zweiundvierzigjährigen Maik Luhmann, zurzeit noch Beauftragter für Digitalisierung und Leiter der Stabsstelle „Vernetzte Stadt“ der Stadt Gelsenkirchen, benannt. Wir haben mit Beiden gesprochen:

## DER ALTE

Bernhard Daldrup MdB



**Bernhard, Du hast mehr als eine Dekade die SGK NRW mitgeprägt. Was wird Dir am meisten in Erinnerung bleiben?**

*Daldrup:* Nach 18 Jahren gibt es unzählige Erinnerungen, die weit aus meisten sind eindeutig positiv, vor allem: Ich konnte in einen Team qualifizierter, konstruktiv arbeitender Kolleginnen und Kollegen in einer sehr angenehmen Atmosphäre arbeiten. Das ist zwar kein Einzelergebnis, aber vermutlich das Wichtigste, das unsere gemeinsame Arbeit stark gemacht hat.

Es ist uns gelungen, die SGK als eine stabile Mitgliederorganisation sozialdemokratischer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu stärken, wir haben ein gutes Qualifizierungsangebot, sind Verlag mit jährlichen Publikationen, geben mit der Kommunalen eine eigene Zeitung heraus, die auch im digitalen Zeitalter – auf das wir uns auch vorbereitet haben – nicht überflüssig ist und wir sind eine starke Stimme in der sozialdemokratischen Familie. Ich habe viel gelernt, konnte mich mit meinen Vorstellungen auch im Vorstand und unseren Projektgruppen einbringen und es hat mir immer Spaß gemacht. Das alles wird bleiben.

**Warum braucht es auch in Zukunft eine starke SGK?**

*Daldrup:* Weil es Städte, Gemeinden und Kreise weiter geben wird, in denen Menschen leben, ihre Chancen verwirklichen wollen, gute Lebensqualität suchen und nichts davon von selbst

kommt, also gute Politik dort nötig bleibt, wo die Menschen leben. Und dabei bleibt die Frage: Kommunalpolitik für wen? Für die sozialdemokratischen Antworten, für die Unterstützung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, für ihre solidarische Zusammenarbeit bleibt die SGK nötig. Wir stehen gerade in einer Zeitenwende: International, aber auch in unserer unmittelbaren Lebensumwelt. Wie verletzlich sind unsere Kommunen angesichts der Pandemie, des Klimawandels, eines möglichen digitalen Blackouts und wie stellen wir uns auf die Gesellschaft in der Transformation ein? Auf die allgemeine Durchdringung des Digitalen aller Lebensbereiche, den Klimaschutz, demografischen Wandel, auf Zuwanderung, die bleiben wird und den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Viele Fragen, auf auch die Kommunalpolitik Antworten geben muss. Also: Brauchen wir die SGK? Klaro!

**Maik, wie möchtest Du diese Zukunft und die Herausforderungen gestalten?**

*Luhmann:* Die SGK übt auf mich deswegen einen so großen Reiz aus, weil sie Heimat für die Menschen politisch übersetzt und greifbar macht. Die Herausforderungen, die vor uns liegen, brauchen starke kommunalpolitische Antworten. Und da sind wir als SGK gefordert – als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und als diejenigen, die vor Ort wissen, was die Menschen bewegt. Nach der Pandemie werden wir politisch einiges aufzuarbeiten haben. Es müssen drängende Fragen beantwortet werden. Beispielsweise: Wie machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft? Und wie kann das Zusammenspiel zwischen Kommunen und Landesregierung in diesem Bereich verbessert werden? Oder, um einen anderen Bereich zu nennen: Was wird aus unseren Innenstädten? Besiegelt die Pandemie sterbende Strukturen oder liegt darin nicht auch die große Chance, Dinge von Grund auf neu zu denken? Gerade infolge der Corona-Situation wird die Frage der Kommunalfinanzen noch drängender werden! Ebenso wie die Frage, wie wir Menschen den Zugang zu ordentlichem und bezahlbarem Wohnraum ermöglichen. Auch hier müssen wir Antworten in den Städten und Gemeinden finden. Meine Hauptaufgabe als Landesgeschäftsführer wird es sein, der kommunalen Familie in NRW eine starke, sozialdemokratische Stimme zu geben. Wir werden aber auch uns und die eingefahrenen Strukturen



## DER NEUE

Maik Luhmann



desvorstand und in den Kreisverbänden. Wir haben eine gute Mannschaft der SPD-Kommunen. Und diese Stärke werden wir einbringen. Darauf freue ich mich sehr. Das wird spannend.

**Und jetzt noch eine persönliche Frage: Wer ist der Mensch „Maik Luhmann“?**

*Luhmann:* Die Frage könnten andere wahrscheinlich besser beantworten als ich. Aber ich versuche es mal: Ich bin 42 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und lebe in Unna. Ich bin ausgebildeter Jurist und habe einen Masterabschluss im Organisationsmanagement. Meine beruflichen Stationen waren Rechtsanwalt in einem kleinen mittelständischen Unternehmen und Persönlicher Referent von Oberbürgermeister Frank Baranowski in Gelsenkirchen. Dort habe ich in den vergangenen fünf Jahren das Thema Digitalisierung – zuletzt als Beauftragter für Digitalisierung und Leiter der zuständigen Stabsstelle – aufgebaut und dabei mitgeholfen, dass Gelsenkirchen in diesem wichtigen Zukunftsthema eine führende Rolle einnimmt. Ehrenamtlich engagiere ich mich als Co-Vorsitzender im SPD-Ortsverein und im Vorstand einer Resozialisierungseinrichtung für straffällig gewordene junge Menschen. In meiner Freizeit verbringe ich gerne Zeit mit der Familie, koche gerne, lese viel und treibe Sport. Also alles in allem bin ich ein bodenständiges Kind des Ruhrgebiets.

**Wir danken beiden für dieses Gespräch.**

kritisch beleuchten und hinterfragen. Mein Ziel ist es, die SGK NRW gemeinsam mit den Kreisverbänden zu einer noch stärkeren politischen „Anwältin“ für die Interessen der Städte und Gemeinden zu machen und gegenüber Land und Bund kommunalpolitische Anliegen mit dem Willen zur Durchsetzung zu adressieren.

**Bernhard, nach so vielen Jahren als Landesgeschäftsführer gehst Du nun in den Ruhestand – oder doch nicht? Wie sehen Deine Pläne aus?**

*Daldrup:* Ruhestand? Das ist nicht meine Welt. Ich setze Schwerpunkte neu. Nach 45 Jahren in der SPD werde ich weiter dort aktiv sein und mich weiter auf mein Bundestagsmandat konzentrieren – sofern ich in den nächsten Bundestag einziehe. Wer sagt denn eigentlich, dass die Welt schon entdeckt ist?

**Maik, spätestens Mitte des Jahres soll's losgehen als neuer Landesgeschäftsführer. Bist Du schon „aufgeregt“?**

*Luhmann:* Naja, was heißt aufgeregt? Ich bin sehr gespannt, auf das, was auf mich zukommt. Ich freue mich auf die Menschen in der Geschäftsstelle, im SGK-Lan-

# Share Deals – Steuerschlupflöcher schließen: Die SPD steht bereit

Von **Bernhard Daldrup MdB** und **Cansel Kizeltepe MdB**, zuständige Berichterstatter im Finanzausschuss des Bundestages



© Jörg Hertle und Gerd Altmann | Pixabay



© Susie Knoll



© Benno Kröehahn

Mitten im rheinland-pfälzischen Wahlkampf wollte Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner eine Flasche entkorken, deren Inhalt nur wenigen ihrer Bundestagskolleginnen und -kollegen munden dürfte. Sie will angeblich ein Geschäftsmodell beenden, das zu Steuerausfällen der Länder in Milliardenhöhe führt: Grunderwerbsteuer soll bei sogenannten Share Deals bereits dann fällig werden, wenn ein Investor 75 Prozent statt wie derzeit 95 Prozent einer grundstückbesitzenden Gesellschaft übernimmt.

Wenn das nicht nur Wahlkampfgetöse war, sollte Julia Klöckner für Klarheit sorgen. Denn ausgerechnet der von ihr kritisierte Bundesfinanzminister hat ein Rechtsgutachten vorgelegt, welches diese Position unterstützt und nicht nur das: Eine Absenkung der Beteiligungsschwelle von 95 auf 75 Prozent wäre effektiv und verfassungskonform. Allein Klöckners CDU-Kolleginnen und -Kollegen stehen im Fi-

nanzausschuss auf der Bremse – ohne sachlichen Grund.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Forderung mehrfach gestellt. Dass der Gesetzentwurf seit geraumer Zeit im Bundestag und nicht im Finanzministerium schlummert, dürfte Julia Klöckner nicht verborgen geblieben sein. Ihre Kritik an Olaf Scholz wird dadurch durchsichtig – leider. Adressatin der Forderung kann nämlich nur die eigene CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, die das Gesetz derzeit im Bundestag blockiert.

Das Gesetz selbst ist von eminenter Wichtigkeit. Durch Share Deals umgehen Investoren und Konzerne die Zahlung der fälligen Grunderwerbsteuer bei Veräußerung und Erwerb von Grundstücken und Immobilien.

Es geht um den Immobiliensektor und der Trick geht so: Anders als bei Privatleuten, die ein Grundstück erwerben, wird in diesem Fall nicht das Grundstück selbst

verkauft, sondern eine eigens gegründete (Grundstücks-)Gesellschaft wechselt den Eigentümer. Statt des Grundstücks werden Anteile („shares“) der Zweckgesellschaft gekauft. Solange innerhalb von fünf Jahren weniger als 95 Prozent der Anteile auf neue Anteilseigner übergehen, wird keine Grunderwerbsteuer fällig. Der Fiskus geht leer aus. Schätzungen zufolge entgehen den Bundesländern jedes Jahr Steuereinnahmen in Milliardenhöhe.

Das Thema ist brisant. Denn Gestaltungen mittels Share Deals rentieren sich erst ab größeren Verkäufen. Während Eigentümer kleiner Einfamilienhäuser die Steuer in Höhe von bis zu 6,5 Prozent des Kaufpreises entrichten müssen, mogeln sich Immobilienkonzerne selbst beim Erwerb ganzer Straßenblöcke an der Steuer vorbei.

Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch verfassungsrechtlich bedenklich. Verfassungs- und

längerung der Haltefrist von fünf auf zehn Jahren beim Übergang der Gesellschaftsanteile: Ein Minimalkonsens des Bundesrates eben.

Fachleute bescheinigen diesem Entwurf erwartungsgemäß kaum Durchschlagskraft und plädierten in der öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss im Oktober 2019 für eine wirksame Reform. Die Absenkung der Beteiligungsschwelle auf 75 Prozent wäre eine leicht realisierbare, verfassungsrechtlich stabile Option. Den Eigentümern (Anteilseignern) blieben bei einem Anteil von 75 Prozent alle relevanten Entscheidungen in der Gesellschaft erhalten.

Seit der Anhörung im Ausschuss verhandeln die Koalitionsfraktionen, doch die SPD stößt beim Koalitionspartner auf taube Ohren, wenn es darum geht, den Mund nicht nur öffentlich zu spitzen, sondern eben auch zu pfeifen.

Die Union ist nicht kompromissbereit. Die SPD will kein Placebo-Gesetz, sondern eine wirksame Bekämpfung der Share Deals. So steht es im Koalitionsvertrag. Die SPD will diese Option nutzen. CDU-Ministerin Klöckner offenbar auch. Die CDU/CSU-Fraktion bisher nicht – ohne stichhaltige Gründe. Besser gesagt, sie will „irgendwie“ nicht. Die Stimmenvielfalt in der Union ist keine Gewähr für Handlungsfähigkeit, auch nicht für Verlässlichkeit. Julia Klöckner könnte zu beidem beitragen – wenn sie eine Mehrheit für ihren Vorschlag erreicht. Die SPD steht bereit.

## Start ins Super-Wahljahr 2021 (teilweise) geglückt



© Staatskanzlei RLP | Sell

**Mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und den Kommunalwahlen in Hessen am 14. März wurde auch das Super-Wahljahr eröffnet. Drei positive Botschaften vorweg: Malu Dreyer schafft den Hatrick und bleibt, aller Voraussicht nach, starke Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz, es sind Mehrheiten jenseits der CDU möglich und die AfD verliert in beiden Landtagen deutlich.**

### Nah bei den Menschen

Der Sieg in Rheinland-Pfalz geht vor allem auf das Konto von Malu Dreyer und ihrer Arbeit als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Die Wählerinnen und Wähler stellen der Regierungskoalition aus SPD, Grüne und FDP insge-

samt ein gutes Arbeitszeugnis aus. Ein Plus von 2,8 % im Ergebnis sprechen für sich, da sind die kleinen Verluste der SPD verkfratbar.

### Keine Verbesserung

In Baden-Württemberg hingegen verliert die Regierungskoalition

insgesamt 0,6 %. Es war aber vor allem eine Wahl für den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Immerhin, die SPD verliert zwar prozentual etwas, kann aber die Anzahl der Mandate halten. Ein Regierungswechsel mit zukünftiger Beteiligung der SPD an den Regierungsgeschäften rückt damit in erreichbare Nähe.

### Kommunalwahlen in Hessen

Aufgrund des komplexen Kommunalwahlsystems mit Kumulieren und Panaschieren, stehen die Wahlergebnisse zum Druck-

schluss unserer Zeitung noch nicht fest. Ein Trend ist allerdings absehbar: die Grünen legen in vielen Kommunen deutlich zu und überholen sowohl CDU als auch SPD in einigen Kommunen. Dennoch zeigt sich auch in Hessen: Die SPD ist eine starke kommunale Kraft und wird es dort auf jeden Fall bleiben.

Alles in allem also ein relativ guter Start in das Super-Wahljahr 2021, jetzt gilt es umso mehr, aktiv in die Vorbereitung der Bundestagswahl zu starten!

# Auf neuen Wegen zu mehr Wohnraum

Von **Dr. Christoph Krupp**, Sprecher des Vorstands der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben



**Lange Zeit stand die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) eher wegen des Verkaufs von Grundstücken im Rampenlicht. Inzwischen ist das anders. Christoph Krupp, BImA-Chef seit Oktober 2018, spricht über die Neuausrichtung der Bundesanstalt und ihr Ziel, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.**

In Deutschland ist Wohnraum knapp, vor allem in den Ballungsgebieten. Die Mieten steigen, vielerorts explodieren die Wohnkosten. Das ist ein wachsendes Problem, mit dem sich auch die BImA als das zentrale Immobilienunternehmen des Bundes auseinandersetzen muss. Wohnen ist ein elementares Bedürfnis und muss bezahlbar bleiben. Jeder, egal ob im Dienst des Bundes oder nicht, sollte mit einem normalen Einkommen seine Wohnung bezahlen können. Deshalb muss es unser vorrangiges Ziel sein, ausreichend Wohnraum zu moderaten Preisen zu schaffen. Dem stellt sich auch die BImA.

Mit ihrer Gründung 2005 hat die BImA für den Bund die Aufgabe übernommen, den eigenen Grundstücks- und Raumbedarf zu decken. Dies gilt weiterhin, doch neue Akzente treten hinzu. So unterstützt die BImA aktiv mit ihren Möglichkeiten die Wohnraumoffensive der Bundesregierung – und dies vor allem auf zwei Handlungsfeldern.

## Wohnungsfürsorge stärken

Zum einen stärken wir die Wohnungsfürsorge des Bundes mit dem Neubau von Wohnungen. Wie eine große private Unternehmen ist auch der Bund darauf bedacht, seinen Beschäftigten – die bundesweit flexibel ein-

setzbar sein sollen – Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Neben den rund 36.000 vorhandenen eigenen Wohnungen verfügen wir auch über Belegungsrechte an Wohnungen im freien Markt. Der Bedarf lässt sich gerade in angespannten Märkten aber nicht mehr allein durch weitere Belegungsrechte an Mietwohnungen Dritter decken. Deshalb baut die BImA auf eigenen Grundstücken nun auch selbst und vergrößert damit ihren Wohnungsbestand. Ferner wollen wir alle Möglichkeiten zur Erweiterung und Verdichtung vorhandener Wohnbauung nutzen, z. B. durch Aufstockung von Etagen und Ausbau von Dachgeschossen. Bei all diesen Maßnahmen verlieren wir jedoch nicht aus dem Auge, dass unser Ziel der bezahlbare Wohnraum ist. Daher gilt für unsere Bestands- wie Neubauten: Die Mieten der BImA orientieren sich dabei stets am unteren Rand der Mietspiegel.

Unsere Ziele werden wir aber nicht allein erreichen. Voraussetzung ist natürlich zunächst, dass die Städte auch das nötige Planungsrecht herstellen. Mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stehen wir dazu in engem Kontakt. Gemeinsam mit einzelnen Städten schließen wir Pakte, in denen eine Zusammenarbeit verbindlich vereinbart wird. Die BImA hat sich zum Ziel

gesetzt, selbst mittelfristig 6.000 bis 8.000 neue Wohnungen auf eigenen Grundstücken zu errichten, davon 3.000 innerhalb der nächsten vier Jahre. Dieses Wohnungsneubauprogramm umfasst sowohl den Bau von neuen Wohnhäusern als auch die bereits genannte Erweiterung und Verdichtung des vorhandenen Wohnraums.

## Verkauf von Flächen für den Wohnungsbau

Unser zweites Handlungsfeld ist unser enger und partnerschaftlicher Kontakt mit den Kommunen und kommunalen Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften mit dem Ziel, entbehrliche Liegenschaften für Zwecke des Wohnungsbaus zu verkaufen. Auch hier mit einem starken Fokus auf den sozialen Wohnungsbau. So wurden zur Unterstützung und Förderung der Gebietskörperschaften die Instrumente des privilegierten Direktverkaufs (Erstzugriff) und die Möglichkeit des verbilligten Verkaufs durch die Politik eingeführt. Der Vorteil des Erstzugriffs liegt darin, dass der Erwerb der Liegenschaften ohne Marktkonkurrenz exklusiv zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert möglich ist, was eine preisdämpfende Wirkung zur Folge hat. Seit November 2015 ist es den Erstzugriffsberechtigten au-

ßerdem möglich, neben Konversionsliegenschaften auch alle anderen entbehrlichen Liegenschaften der BImA zur Errichtung von Sozialwohnungen verbilligt zu erwerben. Dabei vermindert sich der Kaufpreis um 25.000 Euro je neu geschaffene Sozialwohnung.

Für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus hat die BImA seit 2015 in 61 Verkaufsfällen bereits eine Verbilligung von rund 120 Millionen Euro gewährt. Im Jahr 2020 konnten Liegenschaften zur Schaffung von insgesamt rund 3.700 Wohnungen veräußert werden, davon rund 1.800 Sozialwohnungen. Die BImA plant im Jahr 2021 Grundstücke zu verkaufen, die den Bau von rund 4.000 Wohnungen ermöglichen – vorrangig im Erstzugriff an Kommunen sowie deren Wohnungsunternehmen – so dass rund 1.400 Sozialwohnungen entstehen können.

## Chancen durch Konversion

Das größte Potenzial bieten die zum Teil sehr großen Konversionsliegenschaften. Allerdings waren diese Grundstücke während der militärischen Nutzung durch die Bundeswehr oder alliierte Streitkräfte der kommunalen Planung entzogen und bedürfen somit nach ihrer Freigabe einer aufwendigen und umfassenden Neubeplanung. Das ist eine große Herausforderung für die Kommunen, bietet aber auch viele Chancen, denn sie verfügen über die Planungshoheit und können so

über sämtliche Maßnahmen der Umnutzungen selbst entscheiden.

So mussten zum Beispiel auch beim Abzug der britischen Streitkräfte in Ostwestfalen-Lippe (OWL) für die vielen aufgegebenen Liegenschaften, einschließlich der rund 2.000 Wohnungen, Nachnutzungskonzepte entwickelt werden. Die acht betroffenen Kommunen stimmen sich eng mit uns ab, um gute Lösungen insbesondere für die Region zu erzielen.

Rund 900 der von den Briten zurückgegebenen Wohnungen und Wohnhäuser wird die BImA selbst im Bestand halten und vermieten. Nahezu 500 Wohnungen und Wohnhäuser in OWL hat die BImA zudem bislang auf der Grundlage der Erstzugriffsoption und oftmals mit Verbilligungen an Kommunen oder kommunale Wohnungsunternehmen verkauft. Weitere Wohnungsverkäufe an Kommunen stehen in Kürze bevor. Rund 450 Wohnungen stehen den Kommunen unentgeltlich zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung.

Ein weiteres Beispiel: Nicht weit entfernt, in Münster, hat die BImA im Jahr 2018 die ehemals durch die britische Armee genutzten York und Oxford Kaserne verkauft. Dort werden etwa 3.000 Wohnungen entstehen, circa 550 sind als Sozialwohnungen gedacht. Viele gute Schritte in die richtige Richtung für mehr bezahlbaren Wohnraum auch in NRW.

## Kurzvita von Dr. Christoph Krupp



Der Diplom-Physiker Dr. Christoph Krupp war seit 1995 zunächst in Kiel, dann in Hamburg in den Bereichen Energie und Klimaschutz tätig. Nach anschließender zehnjähriger Leitung des Bezirksamts Hamburg-Bergedorf wurde er im Jahr 2011 Chef der Senatskanzlei und des Personalamtes Hamburg. Seit 2018 ist Dr. Krupp Sprecher des Vorstands der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Zum 1. März 2021 ist Krupp zum Sonderbeauftragten für die Impfstoffproduktion in der Corona-Krise ernannt worden, kehrt nach Erfüllung dieser Aufgabe aber zur BImA zurück.



Weitere Informationen über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) auf [www.bundesimmobilien.de](http://www.bundesimmobilien.de) oder hier:



## Ratsarbeit in der Pandemie

Ersetzen durch: Der Rat kann den Hauptausschuss nach § 60 Abs. 2 GO NRW in Zeiten einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite (Feststellung durch den Landtag) mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder in allen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, zur Entscheidung ermächtigen. Hiervon haben bereits eine Vielzahl von Räten in NRW Gebrauch gemacht.

Damit können alle Angelegenheiten, für die eine Zuständigkeit des Rates (§ 41 GO NRW) besteht, während der Dauer der Delegation durch den Hauptausschuss entschieden werden.

Die so vorgenommene Delegation endet automatisch mit außer Kraft treten der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite, die mit Beschluss des Landtags vom 27. Januar 2021, veröffentlicht am 29. Januar 2021, bis zum 29. März 2021 festgestellt worden ist.

Dem Rat ist es aber möglich, die Delegation vorzeitig aufzuheben und seine gesetzlichen und sat-



zungsmäßigen Entscheidungskompetenzen wiederherzustellen. Die Beendigung der Delegation ist in derselben Form wie die Delegation selbst zu beschließen.

### EntschVO

Nach Artikel 11 Abs. 3 S. 2 des Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistages und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 2018 haben alle Ausnahmen von der gesetzlichen Regelung der Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale für die Ausschussvorsitzenden mit Beginn dieser Wahlperiode ihre Gültigkeit verloren. Sofern also nicht erneut über die Ausnahmen im Rat oder Kreistag entschieden wurde, verbleibt es bei der gesetzlichen Regelung.

## HOL SIE DIR!

### Die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

SGK-Schriftenreihe Band 45

Die Kreisordnung ist das Fundament des Wirkens der Kreise in Nordrhein-Westfalen und regelt nicht nur die innere Verfasstheit der Kreise, sondern auch die mannigfaltigen Beziehungen zu den kreisangehörigen Kommunen.

67 Seiten, DIN A6

Preis: 6 Euro

SGK-Mitgliederpreis: 5 Euro

Mengenpreis ab 10 Stück: 4 Euro



© cottonbro | Pexels

HIER  
ONLINE  
BESTELLEN!

Alle Bücher der SGK-Schriftenreihe sind bei uns [www.sgk.nrw](http://www.sgk.nrw) im Online-Shop zu bestellen.



## Kommunale Krise nach der Corona-Krise verhindern!

Fachgespräch mit Olaf Scholz – 10-Punkte-Papier der SGK NRW



Zu einem digitalen Meinungsaustausch rund um die finanzielle Lage der Kommunen hatte die SGK NRW die sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Landräte eingeladen und im Vorfeld ein 10-Punkte-Papier aus der Expertengruppe Kommunal Finanzen vorlegt.

Im Rahmen der intensiven Online-Diskussion mit den über einhundert haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern erläuterte Bundesfinanzminister Olaf Scholz die aktuelle Lage im Bund und die finanziellen Unterstützungsleistungen, welche durch den Bund für die Kommunen erbracht werden sowie den Fahrplan für starke Kommunen im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl.

Die große Unterstützung in der Corona-Zeit durch den Bund, wurde von den SPD-Kommunalen ausdrücklich gelobt, ebenso wie die dauerhafte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Sicherstellung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land, gerade nach der Corona-Pandemie. Hier fordern die Kommunalen weitere klare Unterstützung von der Bundesregierung und vor allem endlich Konzepte durch Ministerpräsident Armin Laschet für NRW.

### Forderung nach Lösung für die Altschulden bleibt bestehen

Selbstkritisch stellte Scholz fest, dass es in der aktuellen Legislaturperiode keine Lösung für die Altschuldenproblematik gegeben hat. Die Anstrengungen des Bundes waren sehr intensiv und stets lösungsorientiert, allerdings scheiterte es letztendlich an der

auch die akut offenen Punkte wie den Gewerbesteuer ausgleich und die Grundsteuerreform auf. Hier gibt es von Seiten der NRW-Landesregierung bis heute kein Konzept.

### Verlässlichkeit im Fokus

Auch wenn der Bund viele kommunalfreundliche Entscheidungen getroffen hat, so fordert die sozialdemokratische kommunale Familie eine Verstärkung und vor allem Verlässlichkeit bei der Unterstützung nach der Corona-Krise. Steuerentlastungen seitens des Bundes können ein Mittel sein, um dem Handel und der Gastronomie beim Neustart nach dem Lockdown zu helfen. Diese Steuermindereinnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass die Handlungsspielräume der Kommunen noch weiter sinken. Hier müssen im Geiste einer Konnexitätsregelung diese zusätzlichen Einnahmeausfälle der Kommunen kompensiert werden, gleiches gilt bei der Gewerbesteuer.

Uneinigkeit der Länder. Hier muss und wird sich die Sozialdemokratie weiter einsetzen, denn die Coronakrise hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie krisenanfällig strukturschwache Kommunen sind. Insbeson-



dere hier erschlägt die Last der Altschulden die Möglichkeiten, sich aus der Krise zu befreien. Die Schere zwischen armen und reichen Städten wird nach der Krise noch weiter auseinander gehen und die Ungleichheit der Lebensverhältnisse wird sich vertiefen. Umso wichtiger ist die Lösung der Altschuldenproblematik durch eine Bundesregierung mit SPD-Beteiligung.

### Zehn konkrete Forderungen an Bund und Land

Das SGK-Forderungspapier an Bund und Land umfasst noch viele weitere wichtige Punkte, zu denen Olaf Scholz zusicherte, dass sie auch im Wahlprogramm der SPD ihren Niederschlag finden werden. Neben der Altschuldenproblematik greift das Papier

Dem folgt auch die Forderung zur Vereinfachung des kommunalen Vergaberechts, insbesondere bei Inanspruchnahme von Förderprogrammen. Gerade in der Krise sind kommunale Investitionen wichtig, um Auftragsrückgänge im Gewerbe zumindest teilweise kompensieren zu können. Diese werden aber durch das Vergaberecht zum Teil erheblich verzögert. Förderprogramme sollen Defizite reduzieren, stellen aber teils noch höhere Anforderungen an die Administration und Vergabe. Das Prinzip muss umgekehrt werden! Wir fordern daher größtmögliche Erleichterung im kommunalen Vergaberecht gerade dann, wenn Förderprogramme in Anspruch genommen werden. Diesem Ansinnen konnte Bundesfinanzminister Olaf Scholz nur beipflichten.

## Videokonferenz diskutiert Lösungen

# Muster-Antrag für „Kultur aus der Krise“



Von René Schneider MdL, Mitglied des Landtages NRW



Sie haben als Erste dichtmachen müssen und werden wohl mit als Letzte wieder an den Start gehen können: die Kulturschaffenden in Deutschland. Nicht wenige von ihnen sind schlicht verzweifelt, denn mehr noch als abhängig Beschäftigte, die wenigstens auf ein Kurzarbeitergeld in der Krise hoffen dürfen, werden solosebstständige Künstler\*innen gleich zum Jobcenter durchgereicht. Dort sollen sie Grundsicherung beantragen. Die nüchterne Analyse des Gesetzgebers lautet, dass hier ein Hilffsystem vorhanden ist, auf das sich die Betroffenen stützen können.

Dies entspricht jedoch nicht dem Selbstbild der allermeisten Kunst- und Kulturschaffenden. Sie finden es ehrabschneidend, wie Bittsteller behandelt zu werden. Das ist nur eines der Ergebnisse einer Online-Videokonferenz mit Betroffenen aus meinem Wahlkreis. Mitte Februar wollte ich von ihnen wissen, wie die Kultur am besten aus der Krise kommt. Knapp 30 Maler\*innen, Rezitator\*innen, Kabarettist\*innen, Schauspieler\*innen und Betreiber\*innen von Kulturstätten klickten sich ins Format, das gerade in Pandemie-Zeiten eine erstklassige Möglichkeit bietet, sich coronakonform zu begegnen. Die größte Sorge: Städte und Gemeinden könnten in Zukunft selber nicht genug Geld haben, um mit den sonst üblichen Arrangements für Beschäftigung zu sorgen. Denn mehr noch als in anderen Bundesländern gehen die kulturellen Impulse in NRW von den Kommunen aus. So trugen die Städte und Gemeinden in NRW im Jahr 2017 gan-

ze 77 Prozent aller Kulturausgaben (Kulturfinanzbericht 2020). Was liegt also näher als eine lokalpolitische Initiative?

Gemeinsam mit zwei kulturpolitisch engagierten Ratsmitgliedern aus Kamp-Lintfort haben wir deshalb einen Antrag verfasst, der die Bedeutung der Stadt heraushebt, die politische Verantwortung beschreibt und konkrete Schritte fordert. Wenn man die Krise als Chance begreift muss man die derzeit wachsende Zahl von Internetplattformen und hybriden Veranstaltungsformaten im Auge behalten und nutzen. Lesungen bspw. könnten künftig per se aus den Stadtbüchereien hinaus in die Welt gestreamt werden – ohne großen Mehraufwand. Im Gegenteil ließen sich eventuell sogar zusätzliche Einnahmen generieren und Barrieren abbauen. Für ein im Durchschnitt immer älter werdendes Publikum ein echter Zugewinn!

Viele Künstler\*innen vereinbaren derzeit noch Verträge, die häufig einseitig alle coronabedingten Risiken einer Absage von Veranstaltungen auf den Kunstschaaffenden übertragen. „Eine faire Risikoverteilung“ fordert deshalb unser Antrag. Denkbar wäre sogar eine Honorargarantie für den Fall, dass eine Veranstaltung ins Netz übertragen wird und somit mindestens teilweise, wenn nicht gar exklusiv über diesen Verbreitungsweg ihr Publikum findet. Die nötige technische Unterstützung vor allem bei größeren Produktionen garantiert nebenbei auch Beschäftigung für Mitarbeitende hinter und neben

den Bühnen. Ein Beschäftigungszweig, dem in der Corona-Krise übrigens ebenfalls besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste.

Der erwähnte Antrag, der gerne kopiert und modifiziert von anderen SPD-Ratsfraktionen gestellt werden darf, schließt mit dem Appell, das Publikum in die Diskussion um einen Neustart der Kultur einzubeziehen. Finanziell wie ideell. Ein Anknüpfungspunkt, den man bestens per Videokonferenz diskutieren könnte.

Musterantrag zum Download:

### Videokonferenz: Kanal aus der Krise

Per Videokonferenz hat der NRW-Landtagsabgeordnete René Schneider nun schon mehrere Male Menschen virtuell an einen Tisch geholt. Dafür braucht es außer einem Account bei Zoom & Co. nicht viel: Werbung via Social Media und klassischem Print, direkte Ansprache der betroffenen Zielgruppe per Mail sowie am Ende Empathie, Ahnung von der Sache und ein offenes Ohr. Am 6. April 2021 um 18.30 Uhr bringt René Schneider auf diese Weise Nutzer\*innen, Umweltschützer und Interessierte zum Thema „Wolf“ zusammen.

## SGK-Buchtipps



### KOMMUNALE FINANZWIRTSCHAFT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgegeben von Heinz Dresbach, DRESBACH Verlag, 47. Auflage 2020, 480 Seiten, DIN A4, ISBN: 978-3-9800-6742-3, 54,00 Euro

Die aktuelle 47. Auflage des renommierten Standardwerkes für Alle, die auf kommunaler Ebene in Verwaltung und Vertretung in Aktion treten sowie für Studierende der Kommunalwissenschaften. Die jährliche Neuausgabe des Dresbach überzeugt in Handhabbarkeit, Präsentation und Vollständigkeit des Kommunalfinanzrechts und –verfassungsrechts. Das Werk bildet die lebendige Rechtsentwicklung des letzten Jahres auf Europa-, Bundes- und Landes-Ebene ab, welche unter anderem auch durch die Corona-Pandemie an Brisanz gewinnt. Mit Beleuchtung dieser facettenreichen Veränderungen und Erweiterungen bestärkt der DRESBACH seinen bestehenden Nimbus als in Fachkreisen bewährtes Standardwerk.

Besonders bedeutsam für diese Neuauflage waren die

- Neufassungen von: Verwaltungsvorschriften Muster zur

GO und KomHVO NRW, Gemeindefinanzierungsgesetz NRW 2020, NKF-COVID-Isolierungsgesetz, Sonderhilffengesetz Stärkungspakt NRW

- Änderung in: Gemeindeordnung NRW, Kommunalhaushaltsverordnung NRW, Kreisordnung NRW, Landschaftsverbandsordnung NRW, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW, Grundgesetz, Stärkungspaktgesetz NRW, Kommunalabgabengesetz NRW, Gemeindereformgesetz, Grundsteuergesetz, Gewerbesteuergezet, Abgabenordnung, Bewertungsgesetz, Handelsgesetzbuch, Kommunalinvestitionsförderungsgesetz NRW, Krediterlass NRW, Kommunale Vergabegrundsätze NRW, Zuordnungsvorschriften Kontenrahmen NRW, Zuordnungsvorschriften Produktgruppen NRW, Berichtsabgrenzungen in den kommunalen Finanzstatistiken NRW.

### GESAMTVERTEIDIGUNG IN GEFAHR!?

Herausgegeben von Sascha Rolf Lüder und Björn Stahlhut, Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Erste Ausgabe 2020, ISBN 978-3-83-05-5045-7, (ISBN E-Book 978-3-8305-4211-7) 252 Seiten, 39,00 Euro

Durch die aktuelle Corona-Krise hat die Diskussion um die jederzeitige Aufrechterhaltung einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung wieder an Brisanz gewonnen. Um die Gesundheitsversorgung jederzeit zu sichern, müssen die betroffenen Strukturen langfristig ausgebaut werden, sobald die momentane Ausnahmesituation ein Ende gefunden hat. Das Werk berät für diese anstehende politische Debatte.



Die Autoren umreißen eine politische Handlungsempfehlung und beziehen dabei die Handlungsmöglichkeiten des Bundes und der Länder mit ein. Drei Aspekte stehen dabei im Vordergrund:

- Die staatliche Grundaufgabe, stets die innere Sicherheit zu garantieren.
- Die Gewährleistung einer gesundheitlichen Versorgung für jeden.
- Dem Bekenntnis zu der Vorstellung einer vernetzten Sicherheit.

## IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

**Herausgeber:**  
Sozialdemokratische  
Gemeinschaft für  
Kommunalpolitik in NRW e.V.  
(SGK NRW)  
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,  
Fax: 0211-876747-27,

info@sgk-nrw.de,  
www.diekommunale.de  
Facebook: facebook.com/SGKNRW

**Verantwortlich (auch für Anzeigen):**  
Bernhard Daldrup,  
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

**Satz und Gestaltung:**  
SGK NRW, Postfach 20 07 04,  
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

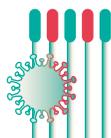
# Testen statt Lockdown

## Mit wissenschaftlichem Ansatz für eine Test-Infrastruktur Öffnungen möglich machen

Ein Lockdown kann keine Dauerlösung sein. Daher müssen wir nach Alternativen suchen. Doch wie können langfristige Perspektiven möglich gemacht werden? Auf unsere Bitte hin haben der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Paul J. J. Welfens, der Epidemiologe PD Dr. Ralph Brinks und Prof. Dr. Alexander Markowetz, Professor für Informationssysteme, eine gemeinsame Antwort auf diese Frage entwickelt: Sie setzen auf eine Kombination von flächendeckendem Ausbau einer Test-Infrastruktur und Digital-Zertifikaten.

Solange die meisten Bürgerinnen und Bürger noch nicht geimpft sind, ist das eine Chance für so etwas wie gesellschaftliche Normalität. Während jeder Monat Lockdown die Bundesrepublik rund 34 Milliarden Euro kostet, käme die vorgeschlagene umfangreiche Teststrategie 70 Prozent günstiger. **Mit diesem Ansatz können wir den Menschen eine Perspektive bieten – und das dringend benötigte Sicherheitsnetz einziehen, mit dem Lockerungen möglich sind.**

### Die Vorschläge im Überblick



#### TESTANGEBOTE

Wir fordern eine massive Steigerung der Testhäufigkeit – mit bis zu 8,5 Millionen Tests pro Tag. Diese müssen kostengünstig für alle zur Verfügung stehen.



#### FREITEST-ZERTIFIKAT

Menschen mit einem negativen Testergebnis erhalten ein digitales „Freitest-Zertifikat“ – zum Beispiel in Form eines QR-Codes für das Mobiltelefon.



#### LOCKERUNGEN

Mit dem Zertifikat über ein negatives Testergebnis ergeben sich virusfreie Handlungsräume: Die betreffende Person hat damit die Möglichkeit, an sozialen und kulturellen Aktivitäten teilzunehmen.



#### PERSPEKTIVE

Wir brauchen endlich langfristige Perspektiven, um angesichts aktueller und zukünftiger Herausforderungen durch pandemische Lagen wieder gesellschaftliche Normalität zu erlangen.



THOMAS KUTSCHATY

Fraktionsvorsitzender

**„Testen, testen, testen  
ist das Motto der Stunde.“**

**Mit einer umfassenden  
Teststrategie können wir  
eine Perspektive  
für Lockerungen schaffen.“**

Weitere Infos unter:

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)